LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/3850
VORLAGE

RheinlandPfalz
MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Herrn Präsidenten
des Landtags
Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

11. Oktober 2018

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
Eingaben vornehmen		Philipp Staudinger	06131 16-3432
Bitte immer angeben!		Philipp.Staudinger@mdi.rlp.de	06131 16-173432

Sitzung des Innenausschusses am 13.09.2018

TOP 22: "Großeinsatz in der LEA Speyer"

Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 17/3705 -

Sehr geehrter Herr Präsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 13.09.2018 wurde von Seiten der Landesregierung zu TOP 22 eine schriftliche Berichterstattung angeboten. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Am Montag, den 3. September 2018, fanden in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende, kurz AfA, in Speyer, Einsatzmaßnahmen statt. Der Sachverhalt ist aktuell Gegenstand eines offenen Ermittlungsverfahrens. Diesbezüglich dauern die umfangreichen Ermittlungen an. Den Berichterstattungen des Polizeipräsidiums Rheinpfalz zufolge stellte sich der Sachverhalt wie folgt dar:

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.00 Uhr
Freitag 09.00-12.00 Uhr

Verkehrsanbindung
ab Mainz Hauptbahnhof
Straßenbahnlinien
Richtung Hechtsheim 50,51,52

Parkmöglichkeiten
Parkhaus Schillerplatz,
für behinderte Menschen
Hofeinfahrt MdI, Am Acker

Am Abend des 3. September hielt sich ein 30-jähriger somalischer Staatsangehöriger im sogenannten Frauentrakt des Hauses 19 der AfA auf. Nach der Beschwerde einiger Bewohnerinnen wurde dieser durch Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes des Hauses verwiesen. Bei der Durchsetzung dieser Maßnahme kam es zunächst zu einem Konflikt zwischen dem somalischen Staatsangehörigen und einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes. In der Folge begab sich der Somalier zusammen mit ca. 25 weiteren Bewohnern zu der Zentrale des Sicherheitsdienstes. Auf dem Unterkunftsgelände kam es nach dem Stand der Ermittlungen anschließend vermutlich aufgrund wechselseitiger Provokationen und Aggressionen zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen den Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes und den Bewohnern. Im Verlauf der Auseinandersetzung erhielten beide Gruppen weiteren Personenzulauf.

Die erste Meldung dieses Sachverhalts ging gegen 20:25 Uhr über Notruf auf der örtlich zuständigen Polizeiinspektion Speyer ein. Im Rahmen dieser Erstmeldung wurde mitgeteilt, dass bei der Auseinandersetzung auch Schlagwerkzeuge zum Einsatz kämen.
Bereits gegen 20:29 Uhr traf die erste Funkstreifenwagenbesatzung an der AfA ein. Durch diese erfolgte eine erste Informationserhebung bezüglich der genauen Tatörtlichkeit und der konkreten Lage. Weitere sechs Funkstreifenwagen erreichten bis 20:40 Uhr die Einsatzörtlichkeit. Nach Einweisung und Strukturierung der Kräfte erfolgte die Umstellung der mittlerweile auf ca. 80 Personen angewachsenen Gruppe.
Im Anschluss an die Trennung der Personen, konnte die Lage beruhigt und mit der Sachverhaltsaufnahme begonnen werden. Unmittelbar daran schlossen sich folgende polizeiliche Sofortmaßnahmen an:

- Separierung von zunächst 14 somalischen Tatverdächtigen
- Identitätsfeststellungen sowie Anfertigung von Lichtbildern der Beteiligten nebst Dokumentation der Verletzungen
- Ingewahrsamnahme des mutmaßlichen Rädelsführers
- Absuche des Gebäudes und der betreffenden Unterkunftsbereiche nach den in der Erstmeldung genannten Schlagwerkzeugen beziehungsweise Tatmitteln
- Absuche der Unterkunft nach weiteren Tatverdächtigen

- Durchführung von Gefährderansprachen

Den polizeilichen Anordnungen und Weisungen wurden jederzeit Folge geleistet. Trotz einer aggressiven Grundstimmung kam es zu keinerlei tätlichen Angriffen, Widerstandshandlungen oder Beleidigungen zum Nachteil der Polizeikräfte.
Im Rahmen der genannten Absuche konnten weder in Rede stehende Tatmittel aufgefunden noch weitere Tatverdächtige festgestellt werden. Ein somalischer Zuwanderer wurde bei der Auseinandersetzung an der Hand verletzt und anschließend in ein Krankenhaus überstellt. Des Weiteren trugen fünf Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes Verletzungen in Form von Prellungen und Rötungen davon.
Die Einsatzmaßnahmen in der AfA wurden gegen 21:48 Uhr beendet. Es befanden sich über den dargestellten Zeitraum insgesamt 23 Polizeikräfte vor Ort.

Darüber hinaus erfolgten nach Beendigung der oben dargestellten polizeilichen Sofortmaßnahmen in Absprache mit der Leitung der AfA folgende Maßnahmen:

- Ständige polizeiliche Präsenz in der Nacht vom 3. auf den 4. September
- Erhöhung der Stärke des Sicherheitsdienstes der AfA in der o.g. Nacht auf 18 Mitarbeiter
- Einbindung der zuständigen Staatsanwaltschaft
- Durchführung erster Vernehmungen von beteiligten Personen
- Offensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Absprache mit der Staatsanwaltschaft

Der Vorfall wurde als Verdacht des schweren Landfriedensbruchs eingestuft. Die zunächst identifizierten 14 Tatverdächtigen sind nach derzeitigem Kenntnisstand ausschließlich aufgrund illegaler Einreise bzw. illegalem Aufenthalt in Erscheinung getreten. Zwischenzeitlich konnten drei weitere somalische Tatverdächtige ermittelt werden, die an der Auseinandersetzung beteiligt waren. Bis auf eine Person, gegen die zusätzlich Erkenntnisse wegen eines Falles der Körperverletzung vorliegen, sind die Personen lediglich wegen der o.g. Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz aufgefallen.

Den bisherigen Ermittlungsergebnissen zufolge hat sich der laut Erstmeldung mitgeteilte Einsatz von Schlagwerkzeugen bislang nicht bestätigt.
Am 5. September und damit zeitnah nach dem Ereignis, erfolgte die Verlegung eines Großteils der Tatverdächtigen in andere Unterkünfte des Landes Rheinland-Pfalz. Hierdurch konnten nicht nur Folgekonflikte verhindert, sondern auch ein Abschreckungseffekt für weitere potentielle Störer erzielt werden. Die Verlegung wurde polizeilich begleitet und verlief ohne besondere Vorkommnisse.

Aktuell kann die Lage in der AfA Speyer als ruhig bezeichnet werden. Es liegen keine Erkenntnisse über offene Konfliktsituationen vor.

Landesweit gibt es keine einheitliche Statistik bzw. Erfassungskriterien, die eine systematische Auswertung gleich gelagerter Vorfälle ermöglichen. Eine händische Auswertung bei den Polizeipräsidien ergab, dass es seit dem Jahr 2015 weder in der AfA Speyer noch in den übrigen rheinland-pfälzischen Aufnahmeeinrichtungen zu gleichgelagerten Vorfällen kam, bei denen aus einer derart großen Personengruppe heraus gewaltsam gegen Sicherheitskräfte vorgegangen worden ist.

Der Vorfall in Speyer wurde organisationsübergreifend einer intensiven Nachbereitung unterzogen, um mögliche Optimierungsansätze zu erkennen und diese in Form entsprechender Maßnahmen umzusetzen. Am 18. September 2018 fand diesbezüglich bereits ein Schnittstellengespräch zwischen ADD, Polizei Speyer und Verantwortlichen des Sicherheitsdienstes statt.

Des Weiteren wurde der Vorfall bei einer landesweiten Veranstaltung am 11. September 2018 „Sicherheit in Erstaufnahmeeinrichtungen" thematisiert. An dieser durch das Integrations- und Innenministerium initiierten Veranstaltung nahmen Vertreterinnen und Vertreter aller Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes sowie der zuständigen Polizeidienststellen teil.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Günter Kern
Staatssekretär